



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/84

11. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Mitbestimmung verabschiedet	S. 1
Italiens Sozialisten vereinigt	S. 3
Einflüsse auf US-Politiker	S. 4
Wer reist, muss lügen	S. 5
BIM-BAM-BUM	S. 6

Mitbestimmung als ein Anfang

(sp) Die Fragen, die nun in der Mitbestimmung vorherrschend sind, nachdem in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch die Regelung für den Bergbau und die eisenschaffende Industrie endlich unter Dach und Fach gebracht worden ist, beziehen sich auf die Realisierung des Gesetzes im einzelnen betroffenen Betrieb wie auf die noch nicht mit dieser Neuregelung erreichten Bereiche der Wirtschaft, für die ebenfalls eine strukturelle Neuordnung unausweichlich ist.

Dabei kann die erste Frage keine Überraschungen bringen, denn durch die Mitbestimmung wird im Grunde nur die Regelung im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie bestätigt, die seinerzeit auf Veranlassung der britischen Besatzungsmacht eingeführt worden ist. Diese Regelung wird nun freilich auf dem Fundament deutschen Rechtes übernommen und fortgeführt. Die Unterschiede, die sich ergeben, sind ohne grundsätzliche Bedeutung.

Im allgemeinen spricht man von etwa 60 betroffenen Unternehmungen, die nach der Entflechtung bestehen werden. Ihre Grösse ergibt sich daraus, dass es in ihnen insgesamt etwa 700 bis 800.000 Beschäftigte gibt. Ihre überragende Bedeutung liegt darin, dass sie als Schlüsselindustrien mit universalen Ausstrahlungen für das gesamte Wirtschaftsleben, nicht als Einzelunternehmungen gewertet und mehr oder weniger losgelöst von den allgemeinen Interessen der ganzen Bevölkerung, nach den Intentionen einzelner Unternehmer ge-

führt werden können - erfahrungsgemäss eben sehr oft auch sehr zum Schaden der Allgemeinheit.

Schon während der Verhandlungen um das Mitbestimmungsrecht war von den Gewerkschaften und der SPD immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, diese Regelung zum Ausgangspunkt einer umfassenderen Neuregelung werden zu lassen, während von den Unternehmern aus im Gegenteil sehr nachdrücklich die Meinung vertreten wurde, es dürfe sich bei diesem nun verabschiedeten Mitbestimmungsrecht nur um einen fest umrissenen und begrenzten Bereich handeln. Eine solche Auffassung übersieht die Zwangsläufigkeit der Entwicklung, in die wir aus hundert verschiedenen Gründen gekommen sind.

Analoge Regelungen für Bundesbahn und Bundespost, für die Grosschemie, für die Betriebe, die bereits, wie in Hessen, in Gemeineigentum übergeführt worden sind, werden vorbereitet und in absehbarer Zeit getroffen werden müssen. Für Eisenbahn und Post gelten zurzeit unbefriedigende Provisorien. Im Übrigen ist in beiden Fällen darauf hinzuweisen, dass schon vor 1933 bei beiden Unternehmungen Verwaltungsräte bestanden, in denen Gewerkschafter als Arbeitnehmervertreter Sitz und Stimme hatten. Auch hier steuert man auf die Parität zu, obwohl sich im einzelnen die genaueren Konturen des kommenden Status noch nicht erkennen lassen, zumal noch erhebliche Unklarheiten über die Vertretung des Bundes als des Eigentümers dieser öffentlichen Betriebe bestehen. Die Kontrahenten dürften im wesentlichen die Arbeitnehmer, Bundestag und Bundesregierung sein, aber auch die Länder und bestimmte wirtschaftliche Interessengruppen, wie die Industrie- und Handelskammern, haben Ansprüche angemeldet, die vielleicht durch die Zubilligung von beratenden Funktionen im gewissen Umfange berücksichtigt werden könnten.

Schliesslich wird man zu gegebener Zeit wieder aufzunehmen haben, was zunächst durch Mehrheitsbeschluss des Bundestages fallen gelassen worden ist, dass aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten eine Mitbestimmung vor allem auch in den Dachgesellschaften von Bergbauunternehmungen auf der einen und Hüttenwerken auf der anderen Seite realisiert werden muss, um die Verbundwirtschaft in den zulässigen Rahmen zweckmässig betreiben zu können.

So ist das, was in den letzten Monaten in oft zerrübender Arbeit von den Betroffenen selbst und von den parlamentarischen Instanzen in der Frage der Mitbestimmung geschaffen worden ist, vor allem auch ein entscheidend wichtiger Ausgangspunkt für eine sehr viel umfassendere Strukturwandlung im Gefüge der deutschen Wirtschaft, als sie im neuen Gesetz selbst sichtbar wird.

Saragat - Silone mit Fragezeichen

v.s.Rom, Anfang April.

Am 1. Mai soll die beschlossene Wiedervereinigung der Sozialistischen Arbeiter-Partei (Saragat) mit der Sozialistischen Einheitspartei verkündet werden. Saragats Autorität und Einfluss auf dem Kongress seiner Partei hatten gerade ausgereicht, eine knappe Mehrheit von 54% für die Vereinigung, also auch für den Austritt seiner drei Minister aus der Regierung zu erzielen. Die 46%, die anderer Meinung waren, sind immer noch von starkem Misstrauen gegenüber dem "Ehepartner" erfüllt. Da gibt es namentlich das Problem der Gemeindewahlen Ende Mai, bei denen die Sozialistische Einheitspartei stellenweise dazu neigt, mit den Kommunisten zusammenzugehen, während die Sozialistische Arbeiterpartei entschlossen ist, durch ein Wahlbündnis mit den Christlich-Demokraten die kommunistischen Mehrheiten in den meisten Großstädten Norditaliens zu stürzen.

Ob unter diesen Umständen eine mit so knapper Mehrheit beschlossene Wiedervereinigung sich politisch lohnen wird, muss sich erst herausstellen, zumal auch die Sozialistische Einheitspartei eine gleichstarke Minderheit unter Führung von Ignazio Silone zählt, die ebenfalls der Wiedervereinigung mit grössten Misstrauen entgegen sieht.

Es ist andererseits bemerkenswert, dass Ministerpräsident de Gasperi es abgelehnt hat, eine Regierungskrise zu eröffnen. Er hat die drei ausscheidenden sozialistischen Kabinettsmitglieder durch drei andere Mitglieder seiner Regierung ersetzt, die bisher als Minister ohne Portefeuille amtierten. Sein Gedankengang scheint zu sein, dass entweder die vereinigten sozialistischen Kräfte bei den Gemeindewahlen Ende Mai loyal zusammenarbeiten - und dann dürften die bisherigen Bedenken gegen die Koalitionspolitik verschwinden - oder es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, dass die Wiedervereinigung doch verfrüht war und dann würde die Partei Saragats sowieso ihre Handlungsfreiheit wieder erlangen.

+ + +

Die Gangster und die Politik

F. Esters Kefauver dürfte heute der populärste Senator der Vereinigten Staaten sein. Er hat einen Feldzug moralischer Aufrüstung besonderer Art ausgelöst. Vor einem Jahr erhielt der von ihm geführte Senatsausschuss den Auftrag, den Einfluss organisierter Verbrecherbanden auf das amerikanische Wirtschaftsleben zu untersuchen. Das Ergebnis der bisherigen Untersuchungen geht darüber weit hinaus. Was der Ausschuss auskramte, ist das düstere Gebiet, in dem Unterwelt und Politik zusammentreffen.

Im wesentlichen geht es dabei um Konzessionen für verbotene Glückspielautomaten. Nutzniesser sind weitverzweigte Gangsterorganisationen, deren Dank für die gewährten Privilegien in wirksamer Unterstützung bei Wahlen bestand. In einem Zwischenbericht hat der Kefauver-Ausschuss festgestellt, dass sich eine Art Nebenregierung der Gangster gebildet habe, die in den wichtigsten Städten des Landes nahezu die Kontrolle über die Behörden und die Parteimaschinen in Händen halte. Der Ausschuss hat dann in New York ausgedehnte Untersuchungen angestellt. Der Öffentlichkeit sind die Verhöre durch die Fernsehsender zugänglich gemacht worden. Etwa zwanzig Millionen Menschen haben miterlebt, wie die Repräsentanten der Unterwelt, die lediglich als Zeugen auftraten, die geschickt gelegten Schlingen der fragenden Senatoren zu vermeiden versuchten. Die Öffentlichkeit hörte erstaunliche Dinge, und was sie nicht verstand, konnte sie in spaltenlangen Berichten in den Zeitungen und Zeitschriften nachlesen. Es ist jedenfalls weder von dem Ausschuss, noch von der amerikanischen Publizistik der geringste Versuch gemacht worden, die unerfreulichen Zustände zu vertuschen, auch auf die Gefahr hin, dass damit der kommunistischen Propaganda willkommenes Material körbe-weise geliefert wurde.

Es ist gar kein Zweifel möglich, dass die Demokratische Partei, die seit fast zwei Jahrzehnten Regierungspartei ist, von den Enthüllungen weit schwerer getroffen wird als die Republikanische Partei. Die ersten Auswirkungen sind bereits festzustellen. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, bei einer Nachwahl in Missouri ein republikanischer Kandidat seinen demokratischen Gegner mühelos geschlagen,

gegen den er noch vor einem Jahr kaum eine Aussicht gehabt hätte.

In wenigen Wochen wird Kefauver dem Senat seinen Schlussbericht vorlegen. Die einschlägige Gesetzgebung wird mit Sicherheit verschärft werden. Die Wählerschaft aber wird sich der Volksvertreter erinnern, die sich als nicht sehr wählerisch bei der Auswahl ihrer Freunde erwiesen haben. Das kann der Demokratischen Partei, auf deren berüchtigtes New Yorker Hauptquartier Tammany Hall auch jetzt wieder die Aufmerksamkeit gelenkt wurde, die Macht kosten.

+ + +

"...aus der Versorgung ordnungsgemäß abgemeldet"

d.g. Wer aus der Bundesrepublik in die unbefreite Hälfte Deutschlands reisen will, muß neuerdings dieses Unterfangen sinnvoller Weise mit einer Unwahrheit beginnen. Zwar ist es eine "behördliche" Unwahrheit, aber sie wird dadurch nicht liebenswerter, daß sie auf Wasserzeichenpapier mit Banknotenschraffierung steht und durch das wappengezierte Siegel des Indkreises, das ansehnliche Dienstsiegel des Oberkreisdirektors, des Paßamtes und eine schwungvolle Unterschrift eines Kommunalbeamten bekräftigt ist. Darüber kann man lesen: Herr Sowieso mit Kennkartenummer sowieso hat sich hier aus der Versorgung mit Lebensmittelkarten abgemeldet. Gegen Vorlage dieser Bescheinigung werden dem Versorgungsberechtigten die ihm zustehenden Lebensmittelbedarfsnachweise vom Ernährungsamt des Aufenthaltsortes ausgehändigt".

Mit dem Interzonenpaß erhält man-wohlgemerkt im Westen- dieses Dokument ausgehändigt. Man ist versucht zu fragen, ob hier alte Formulare aus der RM-Zeit aufgebraucht werden oder ob es sich bereits um die Einarbeitung für künftige Zeiten Erhard'scher Engpaßpolitik handelt. Beruhigend erfährt man aber, daß es nur ein Akt gesamtdeutscher Amtshilfe sei. Denn in der Sowjetzone halte man für den Gast aus der Bundesrepublik die "Sonderverpflegung West" bereit, deren Ausgabe auf der Rückseite dieses merkwürdigen Dokumentes beglaubigt werde. Butter, Fleisch, Zucker, Marmelade und Vollmilch; an deren Stelle der Ostzonenbewohner meist nur Margarine, Fisch, Öl und andere "Ausweichprodukte" erhält, sollen für Besucher aus der Bundesrepublik neben dem Wald der Transparente, Picasso-Friedens-tauben, Aufrufe und Übersoll-Erfüllungsversprechen das Bild der potemkinschen Landschaft ergänzen.-

+ + +

B u m - B u m
- - - - -

sp. In der Schule haben wir gelernt, daß die Sprache lebe und sich weiterentwickle. Wie jede Zeit, hat auch unsere Epoche zeitgemäße Sprachschöpfungen.

Weil unsere Zeit bekanntlich kurzlebig ist, müssen wir auch kürzer sprechen. Darum heißt es jetzt nicht mehr langatmig Bundesernährungsministerium, sondern kurz und bündig: BEM. Was dem Bundesernährungsministerium recht ist, ist dem Bundesinnenministerium billig, darum sagt man jetzt - erraten: BIM. Wer sollte bei soviel Wohllaut auf die passende Ergänzung verzichten? Das Bundesarbeitsministerium zuletzt, daher geht es in die Annalen unter einer ebenso klingreichen Bezeichnung ein - erraten: BAM.

Einsilbigkeit aber ist auf die Dauer zu langweilig. So offenbar dachte man in der Behörde, deren ureigenster Rohstoff von amtswegen die deutsche Sprache, das Wort, ist - im Presse- und Informationsamt. Und nennt sich, aus dem tiefen Born der Bonner Sprache schöpfend, stolz und zweisilbig: PRIAM. So geschehen in einer amtlichen Broschüre, die auch sonst nicht ohne Humor ist.

Nur für das schöne Wörtchen BUM hat man bisher keine Verwendung gefunden. Wir empfehlen es in der volkstümlichen Verdoppelung als Überschrift über dem Bonner Aküfi (für Zurückgebliebene: Abkürzungsfimmel): Bum-Bum. js.

+ + +

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Das "vielsagende" Lächeln.

sp. Nach dem Scheitern der Versuche mit den Instanzen der Bundesrepublik zu gesamtdeutschen Gesprächen zu kommen, haben die Referenten der Nationalen Front Anweisung erhalten, in allen Versammlungen und Veranstaltungen zu betonen, daß im Jahre 1951 die Deutsche Einheit unbedingt hergestellt werden würde. Entsprechende Fragen der Versammlungsteilnehmer sind lediglich "mit einem vielsagenden Lächeln" zu beantworten.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.